

Linke Liste Wiesbaden



EXTRA:

gegen Neonazis

Schluss mit **RE**chtsradikaler **P**ropaganda in AKK!

„Die Fraktion Linke Liste kritisiert die Vergabe des Bürgerhauses Kostheim am 18. und 19. Juni 2005 zur Durchführung des so genannten 1. Sommer-Kongresses der freiheitlichen Jugend in Europa und ruft zu Protesten auf.“

Mit dieser Presse-Erklärung der Linken Liste am 7. Juni kam die Angelegenheit ins Rollen. Aus dem Internet konnten Interessierte entnehmen, was von den Rechtsradikalen in Mainz-Kostheim geplant war: Am 18. und 19. Juni wollten sie mit Gesinnungsfreunden aus Österreich und Belgien im Herzen Alt-Kostheims einen „Jugendkongress“ abhalten. Mitorganisator Carsten Propp, der die Republikaner im Kostheimer Ortsbeirat vertritt, rechnete laut Presse mit bis zu 400 Besuchern. Zu den Organisatoren gehören unter anderem der „Ring freiheitlicher Jugend Österreich“, die „Freiheitliche Jugend Deutschland“, die „Republikanische Jugend“, die „Freiheitliche heimatreue Initiative“ und die „Vlaams Belang Jongeren.“ Als Referenten kündigten die Organisatoren führende Personen rechtsextremer Parteien an. Und während die Stadt erneut den rechtsradikalen Republikanern das Bürgerhaus zunächst überließ, nutzte die Linke Liste auch die Bürgerfragestunde im zuständigen Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Völkerverständigung im Wiesbadener Rathaus. Sozialdezernent Hessenauer sagte eine Überprüfung zu.

Am folgenden Tag erklärte Dezernent Hessenauer: Beim Antrag seien falsche Angaben gemacht worden. So habe die Fraktion der Republikaner im Kostheimer Ortsbeirat die Überlassung des Bürgerhauses für einen nicht-öffentlichen Kongress beantragt. Tatsächlicher Veranstalter aber sei offenbar die Bundesorganisation der Republikaner-Jugend. Der Umstand, dass im Internet für das Treffen geworben werde, deute auf eine öffentliche Veranstaltung hin. Wenn dieses Verhalten Schule mache, dann könne die Stadt nicht mehr korrigierend eingreifen. So habe sie für den geplanten Kongress keine Absprachen mit der Polizei getroffen, weil sie nicht habe ahnen können, was sich hinter der Anmeldung verberge. Einen solche Fall habe die Stadt noch nicht erlebt. Sie wolle nun ein Signal setzen, dass solche Tricks nicht funktionierten, und entziehe die Erlaubnis zur Nutzung des Bürgerhauses. Die Republikaner legten bei der Stadt Widerspruch ein. Dieser wurde von der Stadt abgelehnt. Auch der Versuch, vor Gericht dagegen vorzugehen, scheiterte bereits in erster Instanz. Am Mittwoch dieser Woche sandte der Ortsbeirat Mainz-Kostheim ein deutliches Signal in Richtung Wiesbaden, indem er einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen AUF und SPD annahm. Der Ortsbeirat protestiert gegen den Auftritt der Republikaner. Kostheim darf kein internationaler Treffpunkt von rechtsradikalen Organisationen sein, heißt es im Beschluss, der von SPD, AUF und

Teilen der CDU getragen wurde. Die FDP und ein CDU-Vertreter enthielten sich. Der einzige anwesende REP-Vertreter stimmte dagegen.

Wachsam bleiben ...

Das Kostheimer Bürgerhaus wäre zum wiederholten Mal Veranstaltungsort einer Republikaner-Veranstaltung gewesen. Dagegen regte sich heftiger Widerstand.

„Die biedere Fassade der Veranstaltung sollte nicht täuschen“, erklärte Benjamin Schlör, Sprecher des Arbeitskreises Antifaschismus an der Mainzer Uni. „Die Rechten bezeichnen sich zwar als ‚freiheitlich‘, stellen sich mit der Verwendung dieses Begriffes aber ganz klar in eine Reihe mit

den meisten rechtsextremen und neonazistischen Bestrebungen seit dem Ende des Nationalsozialismus.“

Vorsorglich haben Linke Liste Wiesbaden und Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) AKK zu Veranstaltungen am und im Bürgerhaus Mainz-Kostheim aufgerufen.

10 Uhr: Infostand vor dem Bürgerhaus Mainz-Kostheim (vor der Stadtbibliothek)

14.15 Uhr: Infoveranstaltung im Bürgerhaus Mainz-Kostheim mit Filmvorführung „Terror und Tantiemen“ mit anschließender Diskussion.

Beide Veranstaltungen wurden bei der Stadt angemeldet und genehmigt.

Aus dem Programm der Linken Liste Wiesbaden:

Ein Eckpfeiler unserer Politik ist die Auseinandersetzung mit neofaschistischen und rassistischen Strukturen und Haltungen. Im Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Doch die gesellschaftliche Realität auch in unserer Stadt sieht leider ganz anders aus. Das oft ausgesprochene Bekenntnis, aus der Geschichte zu lernen, wobei hier im Besonderen die leidvolle Geschichte des Hitlerfaschismus gemeint ist, scheint bei einer Vielzahl von Wiesbadener Stadtverordneten zu einem Lippenbekenntnis zu verkommen. Dies zeigte sich erneut in der Sitzung der Stadtverordneten am 4. Mai 2005, als die Fraktionen von CDU, FDP und REP ein Bekenntnis aller Wiesbadener Demokratinnen und Demokraten zum 8. Mai als dem Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus verhinderten.

Die LiLi hat entschieden ihren Protest gegen Veranstaltungen von Neonazis und Rechtsradikalen zum Ausdruck gebracht und fordert weiterhin: Wiesbaden darf kein Platz sein für nazistische Propaganda sowie rassistische und antisemitische Hetze jeglicher Art.

Aus dem selben Grund wird die Linke Liste auch weiterhin durch entsprechende Aktivitäten inner- und außerhalb des Parlaments ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken, dass die Programmatik der so genannten Republikaner mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Dem Rassismus und der damit einhergehenden Ausländerfeindlichkeit der rechtsradikalen Parteien wie NPD oder Republikaner steht eine Politik des Sozialabbaus auf Bundes-, Landes-, aber auch auf der kommunalen Ebene gegenüber, die ausländerfeindliche Stimmungen befördert. Arbeitslosigkeit und das Abwälzen der Krisenlasten auf die sozial Schwächsten befördert eine Haltung, bei der die Parolen der rechtsradikalen Parteien wie „das Boot ist voll“, „Deutschland den Deutschen“ oder „Ausländer raus“ Anklang finden. Man kann den Eindruck gewinnen, das sich die Verfasser des gegenwärtigen Asylrechtes von solchen Parolen haben leiten lassen. Das verfassungsmäßig garantierte politische Asylrecht, das den schrecklichen Leiden der aus politischen und rassistischen Gründen Verfolgten der Hitlerdiktatur Rechnung tragen sollte, wurde immer mehr aufgeweicht und existiert praktisch nicht mehr.

Wie erreichen Sie uns?

Geschäftsstelle der Fraktion: Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,

E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?: Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Fraktion Linke Liste Wiesbaden, G. Schmidt – Eigendruck